

der verfassungsmäßigen Ordnung der DDR offen zu ihrem politischen Ziel. Diese aggressive Zielsetzung wurde im Aktionsprogramm der CDU in die Worte gefaßt: „Die staatliche und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik muß als gesamtdeutsche Aufgabe begriffen werden.“ Kriegsminister Schröder, Präsidentschaftskandidat der CDU/CSU, reist umher und bezeichnet, das Ausbeutungs- und Krisensystem der Bundesrepublik ungeniert als „Modell für Deutschland insgesamt“. Kiesinger, Strauß und Schröder — und Brandt, der ja ihr Außenminister ist —

### **Drittens: Griff nach Massenvernichtungsmitteln**

Die Bonner Regierung erhöht in gesteigertem Tempo die Rüstungsausgaben und tut alles, um in den Besitz oder in die Verfügungsgewalt über Massenvernichtungsmittel zu gelangen. Obwohl die Mehrheit der Staaten den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet hat — die DDR als einer der ersten — weigert sich Bonn, seine Unterschrift unter dieses Dokument zu setzen. Bonn will sich die Tür zu einer eigenen Atomstreitmacht, womöglich „europäisch getarnt“, offenhalten. Westdeutsche Institute arbeiten an der Entwicklung atomarer, biologischer und chemischer Vernichtungswaffen. Aufsehen erregende Einzelheiten darüber haben gerade erst jene west-

### **Viertens: Neonazismus und**

Die gesamte innere Entwicklung in Westdeutschland zeugt von der verstärkten Vorbereitung auf künftige politische und militärische Abenteuer. Notstandsgesetze mit umfassenden diktatorischen Vollmachten, wie sie Hitler in Vorbereitung des zweiten Weltkrieges in Kraft setzte, wurden unter der Regierung der Großen Koalition gegen alle Proteste der Gewerkschaften und

wollen also in trauter Gemeinsamkeit die imperialistische Bonner Herrschaft auf die DDR übertragen. Flick soll, wenn es nach diesen Herrschafteigenen ginge, wieder die volkseigene Maxhütte bekommen, die IG-Farben sollen außer Leuna I das neuerebaute Leuna II kassieren.

So wahnwitzig und irreal eine solche Zielsetzung angesichts der Kraft der sozialistischen Länder ist, so große Gefahren für den Frieden Europas beschwört sie herauf. Sie stellt eine permanente Kriegserklärung an die DDR dar.

deutschen Wissenschaftler bekanntgemacht, die in die DDR kamen, weil sie sich nicht an der Herstellung barbarischer Massenvernichtungsmittel beteiligen wollen.

Die Rüstungsausgaben, die unter Erhard vorübergehend etwa gleichblieben, klettern unter Kiesinger, Strauß und Brandt so rasch wie nie in die Höhe und sollen bis 1972 um mindestens 17 Prozent auf 21,075 Milliarden D-Mark allein für die Bundeswehr ansteigen. Weitere zweieinhalb Milliarden wurden im Herbst 1968 zusätzlich beschlossen. Jede dritte Mark des westdeutschen Staatshaushaltes fließt heute in Rüstung und Kriegsvorbereitung.

### **geistige Kriegreifmachung**

Friedensorganisationen verabschiedet. Der Vormarsch des Neonazismus, Folgeerscheinung der revanchistischen Bonner Politik, zeigt sich nicht allein im Anwachsen der NP. Er äußert sich vor allem in der weitgehenden programmatischen Übereinstimmung und im Zusammenwirken von CDU und CSU mit den offen neonazistischen Kräften. Das alles geht einher mit einer

umfassenden geistigen Manipulierung, die die Bevölkerung ideologisch reif machen soll für eine Politik der Expansion. Die Verbrechen des deutschen Imperialismus werden in Zeitungen, Schulbüchern und Filmen verniedlicht oder verherrlicht, Naziblutrichter wie Rehse frei gesprochen. Die angebliche „Bedrohung aus dem Osten“ wird als Bürgerschreck benutzt, um die eigene Kriegsvorbereitung und uferlose Rüstung zu motivieren.

### **Entscheidend: Die Macht- und Besitzverhältnisse**

Die Aggressivität der Bonner Politik entspringt unmittelbar aus den Macht- und Besitzverhältnissen, aus der Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus, insbesondere des Rüstungskapitals. Die Geschichte hat bestätigt, was Lenin nach wies: Das Monopol strebt zwecks Erhaltung und Vergrößerung seiner Profite gesetzmäßig mit allen Mitteln nach Ausdehnung seiner Macht- und Einflußsphären, nach Eroberung von Rohstoffquellen und Absatzmärkten.

Die besondere Aggressivität des westdeutschen Imperialismus ergibt sich aus der außerordentlichen Konzentration des Kapitals. Auf hundert Aktiengesellschaften entfallen in Westdeutschland heute 72 Prozent des Kapitals. Wirtschafts- und Steuerpolitik der Regierung Kiesinger/Strauß/Brandt haben den Konzentrationsprozeß, vor allem in der Rüstungsindustrie, noch beschleunigt. Die IG-Farben schluckten die Wintershall AG, Flick verleihte sich die Heinkel-Werke ein, AEG und Siemens schlossen sich weitgehend zusammen, und mit der Fusion von Messerschmitt und Bölkow entstand im Juni 1968 ein Superrüstungskonzern der Flugzeug- und Raketenindustrie.